GSP.Z-01-212-5

Kapitel 4: Zusammen leben

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Cathérine Lehmann (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu GSP.Z-01

Von Zeile 211 bis 214:
(196) Um das Recht auf Wohnen zu verwirklichen, ist ein hoher Bestand an öffentlichem und sozial gebundenem Wohnraum nötig. Dort, wo viele Menschen zuziehen, ~~muss in großem Umfang~~sollte, wenn unbedingt nötig, gebaut werden. Dabei muss auf nachhaltiges Bauen und eine behutsame Nachverdichtung geachtet werden. Andere nachhaltigere Maßnahmen, um angemessenen Wohnraum zu schaffen, sollten priorisiert werden.

Begründung

In Deutschland wird seit Langem zu viel gebaut. Selbst in beliebten Städten wie Berlin stehen zahlreiche Wohnungen leer. Es gibt andere Maßnahmen, Wohnraum zu schaffen bzw. gerecht zu nutzen, als stetig weiter zu bauen. Hier massiven Bau zu proklamieren wieder spricht den grünen Zielen der Ökologie. In Deutschland wird immer noch viel zu viel Fläche versiegelt, um nur ein Beispiel zu nennen. Zudem wird die genutzte Pro-Kopf-Fläche immer größer, was nicht mit Nachhaltigkeit vereinbar ist.

Weitere Informationen und Anregungen finden sich z.B. hier: https://www.verbietet-das-bauen.de/buch/

weitere Antragsteller*innen

Hannah Weiser (KV Odenwald-Kraichgau); Andreas Müller (KV Essen); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Jürgen Hess (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Wera Eiselt (KV Frankfurt); Kassem Taher Saleh (KV Dresden); Julia Müller (KV Krefeld); Thomas Kowalczyk (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Daniel Eichhorn (KV Leipzig); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Gregor Kaiser (Olpe KV); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Armin Bosserhoff (KV Odenwald-Kraichgau); Reinhard Bayer (KV Gießen); Gabriela Lachenauer (KV Odenwald-Kraichgau); Markus Bolik (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Rüdiger Tonojan (KV Emmendingen)